



Internationale
Arbeitsorganisation



Globales Forum für
eine am Menschen
orientierte Erholung

▶ 22.–24. Februar 2022

▶ Vorläufiges Programm – Überblick

Einleitung und übergreifende Ziele

Im Juni 2021 verabschiedete die Internationale Arbeitskonferenz einen [globalen Handlungsappell für eine am Menschen orientierte Erholung von der COVID-19-Krise, die inklusiv, nachhaltig und widerstandsfähig ist](#). Darin verpflichteten sich die Regierungen und die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der 187 Mitgliedstaaten der IAO, „eine entschlossene und kohärente globale Reaktion zur Unterstützung der am Menschen orientierten Strategien der Mitgliedstaaten für eine Erholung, die inklusiv, nachhaltig und widerstandsfähig sind, zu mobilisieren, unter anderem durch gemeinsame Initiativen und verbesserte institutionelle Vereinbarungen zwischen internationalen und regionalen Organisationen.“ Die IAO wurde damit beauftragt, in Zusammenarbeit mit anderen multilateralen Organisationen ein großes politisches Forum zu organisieren, um dieses Ziel voranzubringen.

Das Globale Forum auf hoher Ebene für eine am Menschen orientierte Erholung wird vom 22. bis 24. Februar in einem virtuellen Format stattfinden und Staats- und Regierungschefs, Leiter internationaler Organisationen und multilateraler Entwicklungsbanken sowie führende Vertreter von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden aus aller Welt zusammenbringen. Die Sitzungen werden Gelegenheit bieten, konkrete Maßnahmen zu erörtern, die die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die Krise und auf die „große Kluft“ bzw. wachsende Ungleichheit bei der Bewältigung und Überwindung der Krise zwischen und in den Ländern stärken.

Zudem dient das Forum der Förderung einer stärker vernetzten, inklusiveren und effektiveren Form des Multilateralismus, die – wie es der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), António Guterres, formulierte – „die vorhandenen institutionellen Kapazitäten bündelt und die Fragmentierung überwindet und so sicherstellt, dass alle auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten“. Unter den aktuellen Gegebenheiten muss dieses Ziel darin bestehen, die internationale Reaktion auf die tiefgreifenden und zutiefst ungleichen Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Menschen zu verstärken und kohärenter zu gestalten, insbesondere was ihre Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten, den Schutz der Arbeitnehmer, die Entwicklung ihrer Fähigkeiten und gerechte Übergänge sowie den Sozialschutz, auch im Bereich der Gesundheitsversorgung, betrifft.

Ein zentrales Diskussionsthema wird das *globale Förderinstrument für Arbeitsplätze und Sozialschutz für einen gerechten Übergang* sein, das der UN-Generalsekretär im September 2021 ins Leben rief. Das Forum wird sich mit der Frage befassen, wie die Investitionen und Ressourcen aufgebracht werden können, die im Hinblick auf das ehrgeizige Ziel erforderlich sind, mindestens 400 Millionen neue und menschenwürdige Arbeitsplätze zu schaffen, auch in der grünen, der digitalen und der Pflegewirtschaft, und zugleich den Schutz bei der Arbeit zu verbessern, den sozialen Basisschutz auf die mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung auszuweiten, die keinen Zugang dazu haben, die Klimamaßnahmen zur Förderung von Arbeitsplätzen zu verstärken, um den Übergang zu einer CO₂-neutralen Weltwirtschaft voranzutreiben, und eine transformative Agenda für Geschlechtergleichstellung zu verfolgen. Alle Teilnehmer des Forums sind aufgefordert, darüber zu beraten, wie sie zu diesen globalen Zielen beitragen werden, insbesondere in den vier sich gegenseitig verstärkenden Aktionsbereichen, die Gegenstand der thematischen Sitzungen sind.

Inhalt der Sitzungen (vorläufige Beschreibung)

Eröffnungssitzung – 22. Februar, 13.00 bis 14.30 Uhr MEZ

Förderung einer am Menschen orientierten Erholung durch verstärkte multilaterale und dreigliedrige Zusammenarbeit

Das Globale Forum wird mit einleitenden Bemerkungen von Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertretern eröffnet. Der UN-Generalsekretär und mehrere Staats- und Regierungschefs sowie der Generaldirektor der IAA, Guy Ryder, werden ebenfalls das Wort ergreifen.

Thematische Sitzung 1 – 22. Februar, 14.45 bis 16.00 Uhr MEZ

Menschenwürdige Arbeitsplätze und inklusives Wirtschaftswachstum

Die Sitzung beginnt mit einleitenden Erklärungen von Staats- oder Regierungschefs, gefolgt von einer interaktiven Podiumsdiskussion unter Beteiligung der Leiter mehrerer in diesem Bereich besonders aktiver internationaler Organisationen sowie ranghoher Vertreter der Sozialpartner.

Auf dieser Sitzung werden verstärkte Kooperationsbemühungen und institutionelle Vereinbarungen vorgestellt und erörtert, die darauf abzielen, die gravierenden und anhaltenden Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Beschäftigung, Betriebskontinuität und Existenzsicherung in aller Welt, insbesondere für unverhältnismäßig stark beeinträchtigte Regionen und Sektoren und die am schwersten getroffenen Gruppen, etwa Jugendliche, Frauen, kleine Unternehmen sowie informelle Beschäftigte und Arbeitsmigranten, zu bewältigen. 2020 und 2021 verzeichnete der globale Arbeitsmarkt gegenüber dem Stand vor der Pandemie einen bis dahin ungekannten Verlust an Arbeitsstunden, der 258 Millionen bzw. 125 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen entsprach. Die Erholung der Beschäftigung verlief ungleichmäßig und in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften deutlich rascher als in den Entwicklungsländern, und auch innerhalb der Länder war der Fortschritt uneinheitlich, weshalb bereits benachteiligte und schwer getroffene Gruppen weiter an den Rand gedrängt wurden und viele Unternehmen um ihr Überleben kämpfen müssen.

Diese vertieften Ungleichheiten hemmen die wirtschaftliche und soziale Erholung, deren Aussichten für 2022 und darüber hinaus weiter schwach und ungewiss sind. Das Ergebnis wird letztlich stark von den Entscheidungen und dem Handeln der Politik abhängen. Wie die Erfahrungen aus früheren Krisen zeigen, ist eine inklusive und beschäftigungsintensive Erholung nur möglich, wenn dabei menschenwürdige Arbeitsplätze in den Mittelpunkt gestellt und eng mit Sozialschutz verknüpft werden, wenn verstärkt in Bereiche mit besonderem Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen (z. B. die grüne, die digitale und die Pflegewirtschaft) investiert wird und wenn die unternehmerische Resilienz und wirtschaftliche Wiederbelebung während und nach der Krise unterstützt werden. Die Gefahr ist groß, dass viele Entwicklungsländer ohne eine konzertierte internationale Unterstützung vor großen Herausforderungen bei der Umsetzung von Politikkonzepten zur Förderung des UN-Nachhaltigkeitsziels 8, nämlich „eines dauerhaften, inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftswachstums, produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle“, stehen werden.

- **Wie können die nationale und internationale Solidarität und Unterstützung in Sektoren mit besonderem Potenzial für die nachhaltige Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, darunter die grüne, die Pflege- und die digitale Wirtschaft, sowie für Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen (KKMU), für die Qualifizierung und Übergänge von Arbeitnehmern und für Jugendliche, Frauen und andere unverhältnismäßig stark betroffene Gruppen erhöht werden?**

Thematische Sitzung 2 – 23. Februar, 13.00 bis 14.30 Uhr MEZ

Universeller Sozialschutz

Die Sitzung beginnt mit einleitenden Erklärungen von Staats- oder Regierungschefs, gefolgt von einer interaktiven Podiumsdiskussion unter Beteiligung der Leiter mehrerer in diesem Bereich besonders aktiver internationaler Organisationen sowie ranghoher Vertreter der Sozialpartner.

Auf dieser Sitzung werden verstärkte Kooperationsbemühungen und institutionelle Vereinbarungen vorgestellt und erörtert, die den Ländern helfen sollen, die erheblichen Defizite in Bezug auf die Breite, Angemessenheit und Tragfähigkeit des Sozialschutzes zu beheben, die die nachteiligen Auswirkungen der gegenwärtigen Krise auf die Menschen noch verschärfen. Weniger als die Hälfte der Weltbevölkerung ist effektiv durch mindestens eine Sozialschutzleistung abgesichert. Um zumindest eine soziale Grund-sicherung durch einen national definierten sozialen Basisschutz zu garantieren, müssten die Länder der mittleren Einkommensgruppe zwischen 3,1 und 5,1 Prozent ihres BIP aufwenden. In Ländern mit niedrigem Einkommen beträgt der Bedarf an inländischen Mitteln jedoch schätzungsweise 15,9 Prozent des BIP, was 45 Prozent des derzeitigen Steueraufkommens entspricht. Die Erwartung, dass die Finanzierungslücke für die Schaffung eines sozialen Basisschutzes in diesen Ländern allein durch die Mobilisierung inländischer Ressourcen geschlossen werden kann, ist unrealistisch.

Der derzeitige Umfang der Sozialschutzausgaben reicht trotz der umfangreichen Ressourcen, die während der COVID-19-Pandemie, wenn auch ungleichmäßig, mobilisiert wurden, eindeutig nicht aus, um die anhaltenden Defizite bei der Absicherung zu beheben. In Ländern mit begrenzten Haushaltskapazitäten oder erhöhtem Bedarf aufgrund von Systemkrisen könnten zusätzliche internationale Finanzmittel in Kombination mit fachlicher Hilfe die inländischen Mittel ergänzen und so zur Schaffung von ausreichendem fiskalischem Spielraum beitragen. Eine engere Abstimmung zwischen den nationalen Entscheidungsträgern, den Sozialpartnern und den bilateralen und multilateralen Entwicklungspartnern könnte den Ländern der niedrigen Einkommensgruppe und der mittleren Einkommensgruppe (unterer Bereich) stärkere Fortschritte in dieser Hinsicht ermöglichen. Ein neuer internationaler Finanzierungsmechanismus könnte den Ländern mit niedrigem Einkommen dabei helfen, die für den Sozialschutz bereitgestellten Mittel allmählich zu erhöhen.

- **Wie können die nationale und internationale Solidarität und Unterstützung für die Gestaltung, tragfähige Finanzierung und Verwaltung von Sozialschutzsystemen in den Entwicklungsländern durch verstärkte fachliche Hilfe, den Aufbau institutioneller Kapazitäten und eine katalysatorisch wirkende Finanzierung, die die verstärkte Mobilisierung inländischer Ressourcen ergänzt, ausgeweitet werden?**

Thematische Sitzung 3 – 23. Februar, 14.45 bis 16.15 Uhr MEZ

Schutz von Arbeitnehmern und Erhalt von Unternehmen

Die Sitzung beginnt mit einleitenden Erklärungen von Staats- oder Regierungschefs, gefolgt von einer interaktiven Podiumsdiskussion unter Beteiligung der Leiter mehrerer in diesem Bereich besonders aktiver internationaler Organisationen sowie ranghoher Vertreter der Sozialpartner.

Auf dieser Sitzung werden verstärkte Kooperationsbemühungen und institutionelle Vereinbarungen vorgestellt und erörtert, die darauf abzielen, die Durchführung und Ratifizierung internationaler Arbeitsnormen zu verbessern, insbesondere in Bezug auf Arbeitsschutz, Arbeitszeit und Löhne, geschlechtsspezifische und sonstige Formen der Diskriminierung sowie die anderen grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, unter anderem auch bei Übergängen zur Formalität. Zudem soll untersucht werden, wie die internationale Unterstützung für menschenwürdige Arbeitsmöglichkeiten durch mehr

Betriebskontinuität und höheres Produktivitätswachstum von KKMU und anderen Unternehmen in den Sektoren und Regionen, die am schwersten von der Pandemie getroffen oder durch die laufenden Veränderungen in den Bereichen Technologie, Klimawandel oder Handel und Investitionen am stärksten beeinträchtigt wurden, sowie für einen universellen globalen Zugang zu Impfstoffen im Sinne des von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) koordinierten Beschleunigten Zugangs zu Instrumenten für die Bekämpfung von COVID-19 (ACT Accelerator) verbessert werden kann.

Die Pandemie geht einher mit neuen Herausforderungen in Bezug auf den betrieblichen Arbeitsschutz, so auch in den an vorderster Front befindlichen und anderen für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft kritischen Sektoren, und in Bezug auf die Wahrung der Arbeitnehmerrechte allgemein, unter anderem im Zusammenhang mit digital gestützten Fernarbeitsregelungen, die während der Krise erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Eine wirksame Umsetzung der Arbeitsnormen durch angemessen ausgestattete Arbeitsministerien ist Voraussetzung für Fortschritte in allen anderen vom Forum behandelten Politikbereichen, ebenso wie eine transformative und messbare Agenda für Geschlechtergleichstellung sowie Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung im weiteren Sinne. Der soziale Dialog, der auch Kollektivverhandlungen einschließt, spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung der Anwendung dieser Normen und der Suche nach Lösungen für neue Herausforderungen, die sich aus den Veränderungen in der Arbeitswelt ergeben; allerdings stehen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände pandemiebedingt unter erhöhtem Druck. Zugleich befinden sich Sektoren wie Tourismus und Gastgewerbe, Kultur, Luftfahrt und einige verarbeitende Branchen und personenbezogene Dienstleistungen sowie viele kleinere Unternehmen nach wie vor in einer schwierigen Lage, was dazu führt, dass zahlreiche Arbeitnehmer von formellen in informelle und oft unsichere Arbeitsverhältnisse wechseln, bei denen der Arbeitnehmerschutz, die Steuerverwaltung und der Sozialschutz wesentlich schwächer ausgeprägt sind.

- **Wie können die nationale und internationale Solidarität und Unterstützung erhöht werden, damit die Länder in der Lage sind, den Schutz der Arbeitnehmer in Bereichen wie Arbeitsschutz, geschlechtsspezifische und sonstige Formen der Diskriminierung, angemessene Löhne und Arbeitszeiten sowie grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit zu verwirklichen, und wie kann die internationale Zusammenarbeit zur Stärkung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, der Kontinuität und Produktivität von Kleinbetrieben und anderen Unternehmen und der Bemühungen um die Formalisierung von Arbeitsplätzen und Unternehmen beitragen?**

Thematische Sitzung 4 – 24. Februar, 13.00 bis 14.30 Uhr MEZ

Gerechter Übergang

Die Sitzung beginnt mit einleitenden Erklärungen von Staats- oder Regierungschefs, gefolgt von einer interaktiven Podiumsdiskussion unter Beteiligung der Leiter mehrerer in diesem Bereich besonders aktiver internationaler Organisationen sowie ranghoher Vertreter der Sozialpartner.

Auf dieser Sitzung werden verstärkte Kooperationsbemühungen und institutionelle Vereinbarungen vorgestellt und erörtert, die dazu gedacht sind, Länderstrategien zur Verwirklichung eines gerechten Übergangs zu unterstützen – eines Übergangs, bei dem die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile von Klimamaßnahmen optimal genutzt und zugleich die Risiken sozialer Verwerfungen auf ein Mindestmaß verringert werden. In Anbetracht der Verpflichtungen zu Netto-Null-Emissionen, die Regierungen, Unternehmen und Investoren auf der jüngsten Konferenz der Vertragsparteien des UN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen in Glasgow (COP26) ankündigten, müssen sich viele Branchen und dort tätige Beschäftigte, auch in den Entwicklungsländern, im nächsten Jahrzehnt und darüber hinaus auf immer größere und potenziell destabilisierend wirkende Umwälzungen einstellen. Parallel dazu trägt die

globale Erwärmung zu immer größeren materiellen Schäden und sozialen Umbrüchen in den Ländern bei, ob dies sich nun in extremen Wetterereignissen und Naturkatastrophen, einem Anstieg des Meeresspiegels und Wasserstress oder Arbeitsplatzverlust und Migration äußert.

Es gibt überzeugende Beweise dafür, dass der ökologische Übergang positive Effekte für die Wirtschaft haben kann, indem er Nettogewinne in Bezug auf menschenwürdige Arbeit und nachhaltige Wertschöpfung in den Unternehmen hervorbringt, die zur Förderung von sozialer Gerechtigkeit beitragen. Nach Schätzungen der IAO können durch einen grünen Übergang, der auf einer CO₂-armen und kreislauforientierten Wirtschaft beruht, bis 2030 etwa 100 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. Allerdings könnten dabei auch 80 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Die meisten, wenn nicht alle Länder beginnen gerade erst damit, die Auswirkungen dieser Veränderungen in der öffentlichen Politik, der institutionellen Strategie und den Umweltbedingungen zu analysieren und sich darauf einzustellen. Viele verfügen nur über begrenzte Ressourcen für diesen Zweck und können keinesfalls die Anpassungen finanzieren, die bei den Investitionen in Industrie und Infrastruktur und der öffentlichen Unterstützung für die Umschulung von Arbeitnehmern, Arbeitsvermittlungsdienste und Sozialschutz erforderlich sind. Die Entscheidungsträger müssen sich mit komplexen geografischen und zeitlichen Faktoren befassen und für Verteilungsgerechtigkeit sorgen und dabei besonders auf die Bedürfnisse von jungen Menschen, Frauen, indigenen und in Stämmen lebenden Völkern und Menschen mit Behinderungen achten. Umfassende Politikrahmen, die auf dem sozialen Dialog und einem ausgeprägten sozialen Konsens beruhen, werden unerlässlich für die Auseinandersetzung mit allen Aspekten des wirtschaftlichen und sozialen Wandels sein.

- **Wie können die nationale und internationale Solidarität und Unterstützung für die Erarbeitung und Umsetzung von Strategien für einen gerechten Übergang ausgeweitet und rascher umgesetzt werden, auch in Bezug auf den Übergang CO₂-intensiver Industrien und die von ihnen Beschäftigten und davon abhängigen Gemeinschaften, die Ausweitung beschäftigungsintensiver, CO₂-armer Sektoren wie naturbasierte Dienstleistungen, regenerative Landwirtschaft, erneuerbare Energien, energieeffiziente Gebäude und Industriepraktiken usw. sowie die Neugestaltung der Anreize und Erfordernisse für ein Förderumfeld, z. B. in Bezug auf CO₂-Bepreisung und Finanzregulierung?**

Abschlusssitzung – 24. Februar, 14.45 bis 16.15 Uhr MEZ

Auf dem Weg zu einer am Menschen orientierten Erholung von der COVID-19-Krise, die inklusiv, nachhaltig und widerstandsfähig ist

Nach abschließenden Bemerkungen, auch seitens der Staats- und Regierungschefs, findet ein von Generaldirektor Guy Ryder moderiertes dreigliedriges Gespräch auf hoher Ebene statt, bei dem Überlegungen zu den während des Forums durchgeführten Beratungen angestellt werden sollen, mit Schwerpunkt auf Maßnahmen, die erforderlich sind, um die von der multilateralen Zusammenarbeit ausgehende Dynamik zugunsten gemeinsamer Ziele für eine am Menschen orientierte Erholung aufrechtzuerhalten und zu steigern.